



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfungsbeschwerde zur Landtagswahl am 7. Mai 2017; Az. LVerfG 8/17

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen
Landesverfassungsgerichts vom 27. November 2017

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner
Sitzung am 13. Dezember 2017 abschließend beschäftigt.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, wie folgt zu beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag tritt dem Verfahren bei.
2. Es wird in dem Verfahren Stellung genommen und dabei zum Ausdruck gebracht, dass die Wahlprüfungsbeschwerde zurückzuweisen ist.
3. Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags wird beauftragt, einen Verfahrensbevollmächtigten zu bestellen.

Kathrin Wagner-Bockey
stellv. Vorsitzende